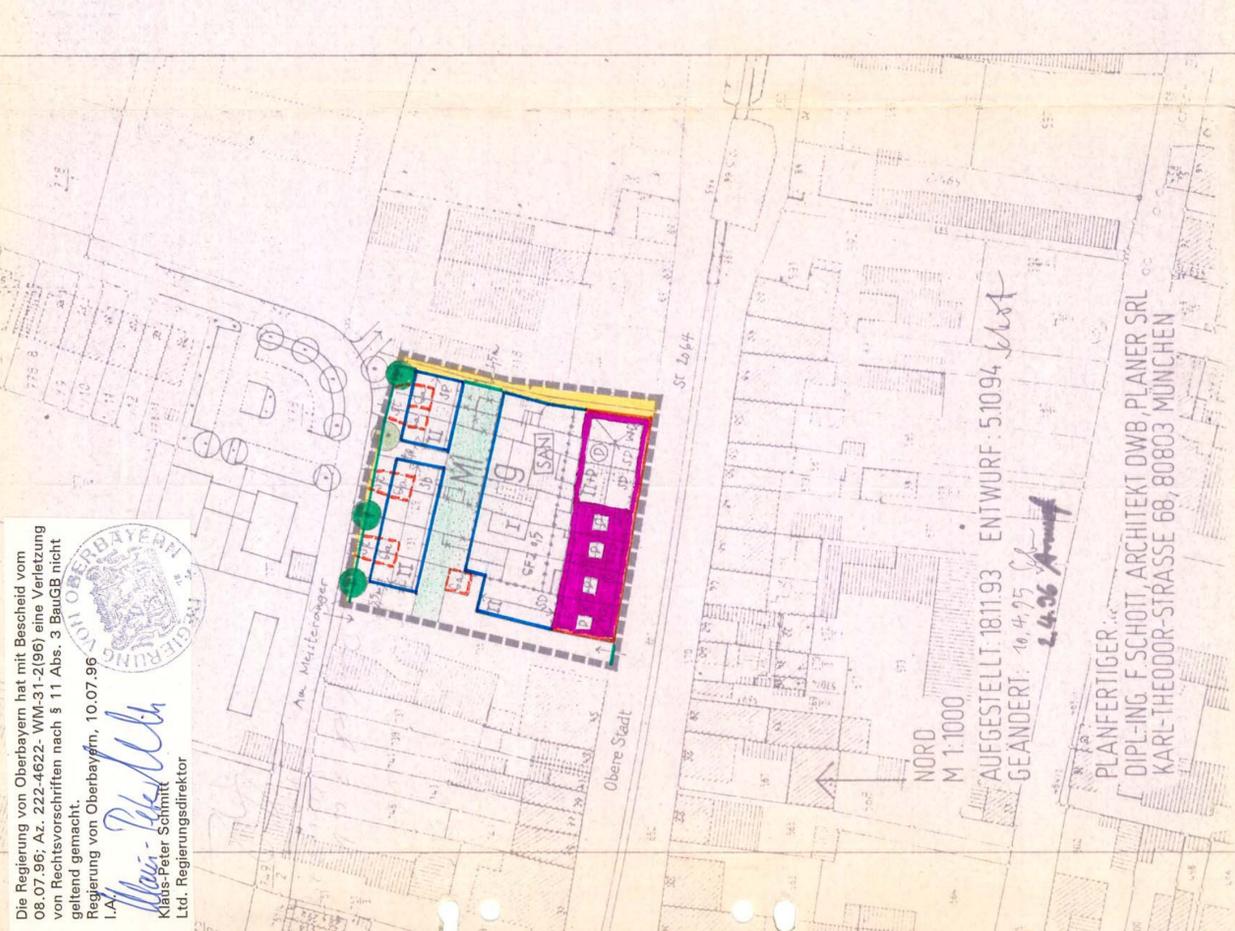


Die Regierung von Oberbayern hat mit Bescheid vom 08.07.96, Az. 222-42622-WM-31-2189/1 eine Verletzung von Rechtsvorschriften nach § 11 Abs. 3 BauGB nicht geltend gemacht.  
Regierung von Oberbayern, 10.07.96  
Klaus-Peter Schmitt  
Lfd. Registrationsdirektor



Die Stadt Weilheim i.OB erläßt aufgrund des § 2 Abs. 1 und der §§ 9 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB), Art. 98 der Bayerischen Bauordnung (BayBO), Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO), der Planzeichenverordnung (PlanzVO) diesen Bebauungsplan als Satzung:

- A. FESTSETZUNGEN DURCH PLANZEICHEN
- 1. Art der baulichen Nutzung
    - M Mischgebiet gem. § 6 BauNVO
  - 2. Maß der baulichen Nutzung
    - I I Vollgeschoss als Höchstgrenze
    - II 2 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - III 3 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - IV 4 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - V 5 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - VI 6 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - VII 7 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - VIII 8 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - IX 9 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - X 10 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - XI 11 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - XII 12 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - XIII 13 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - XIV 14 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - XV 15 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - XVI 16 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - XVII 17 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - XVIII 18 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - XIX 19 Vollgeschosse als Höchstgrenze
    - XX 20 Vollgeschosse als Höchstgrenze

- B. HINWEISE DURCH PLANZEICHEN
- Bestehende Gebäude
  - Bestehende Flurstücksgrenzen
  - Bestehende Flurstücksgrenzen
  - Zufahrt Grundstück
  - Denkmalschutz Ensemble
  - Denkmalschutz Einzelobjekt
  - Sanierungsgebiet

- C. FESTSETZUNGEN DURCH TEXT
1. Art der baulichen Nutzung
 

Das Baugebiet wird als "Mischgebiet" (MI) nach § 6 BauNVO festgesetzt.

Nutzungen nach § 6(2) Ziff. 6 und 7 sind nicht zugelassen.

\* (Robbmaße)
  2. Maß der baulichen Nutzung
 

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die überbaubaren Flächen, die zulässige Zahl der Vollgeschosse und durch die nachfolgenden Festsetzungen nach Ziff. 3, 4 und 5 festgelegt.
  3. Hauptgebäude
 

Die Fußbodenoberkante der Erdgeschosse darf max. 0,45 m über dem Niveau der Erschließungsfläche im Bereich des Gebäudes liegen.

Die Wandhöhen dürfen traufseitig folgende Werte nicht überschreiten:

    - bei I max. 3,50 m
    - bei II max. 6,50 m

Als Wandhöhe gilt das Maß von der Fußbodenoberkante des Erdgeschosses im Eingangsbereich bis zum Schnittpunkt der Außenseite der Umfassungsmauer an der Traufseite mit der Oberkante der Dachhaut.

Diese Festsetzungen gelten nicht für bestehende Gebäude.

Hier gelten die vorhandenen Wandhöhen.
  4. Garagen und Nebengebäude
 

Die Anzahl der Garagen und Stellplätze richtet sich nach den jeweils gültigen Zahlen der Stellplatzsicherung der Stadt.

Oberirdische, nicht überdachte Stellplatzflächen sind wasserdurchlässig auszubilden.

Garagen sind nur innerhalb der Baugrenzen und der hierfür festgesetzten Flächen zulässig.
  5. Dachgestaltung
 

Dächer über Hauptgebäuden sind als gleichseitig geneigte Sattel- bzw. Walmdächer auszubilden.

Dachneigung: bei III+IV: 35° - 50°; bei II: max. 35°

Die Dachflächen sind mit naturroten Dachziegeln einzudecken.

Die im Bebauungsplan festgesetzten Firstrichtungen sind zwingend.

Bei Nebengebäuden sind auch Pultdächer mit Blechdeckung zulässig.

Dachneigung: max. 25°

Die Dachneigungen der Hauptgebäude entlang der "Oberen Stadt" werden als Bestand festgeschrieben.

6. Fassadengestaltung
 

Mauwerkfassaden bei Hauptgebäuden sind zu verputzen. Zierputz sind nicht zulässig. Die Verwendung von Naturstein ist möglich. Holzverkleidungen sind nur auf der Straßenseite zulässig.

Balkone, Erker und sonstige Vorbauten auf der Straßenseite der Hauptgebäude an der "Oberen Stadt" sind unzulässig. Alle Fassaden sind farbig zu gestalten. Dabei ist auf die vorhandene Farbgebung der Nachbargebäude Rücksicht zu nehmen (siehe Hinweise).

Fenster müssen ein stehendes Rechteck bilden, Fenstertüren sind in Höhe und Breite anzupassen.
7. Werbeanlagen
 

Werbeanlagen in grellen Farbtönen sind nicht zugelassen. Für Leuchtreklamen sind nur hinterleuchtete Werbeanlagen gestattet, beschränkt auf den Bereich zwischen OK Fenster Erdgeschos und OK Fenster 1. Obergeschos.

Nasenschilde dürfen nur als Hauszeichen und bei entsprechenden künstlerischer Gestaltung angebracht werden. Werbeanlagen aller Art sind an Gebäuden, die ausschließlich Wohnzwecken dienen, nicht gestattet.

(Siehe Hinweise durch Text).
8. Einfriedigungen
 

Zur Abgrenzung von Grundstücken gegenüber den öffentlichen Verkehrsflächen sind nur Hecken bis zu einer Höhe von 1,20 m und einfache Holzlattenzäune (Hänchelzäune) zulässig: Höhe 1,10 m, Befestigung in Einzelfundamenten, kein Sockel.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß auch die Renovierung von Fassaden und deren farbige Gestaltung einer denkmalpflegerischen Erlaubnis bedarf.

Auf die Satzung über Werbeanlagen und Markisen der Stadt Weilheim i.OB vom 16.3.1989 wird hingewiesen.

9. Abfallbehälter  
Müllbehälter sind in die Haupt- oder Nebengebäude zu integrieren. Freistehende Müllboxen sind unzulässig.  
Das Ausstellen von Lagerbehältern für Flüssige oder gasförmige Stoffe im Freien, sowie das Aufstellen von Wohnwagen ist unzulässig.

10. Freiflächengestaltung  
Befestigte Grundstücksflächen, mit Ausnahme der Fahrverkehrflächen, sind wasserdurchlässig auszubilden gemäß Empfehlungen BStMI/BStMELF Mbl.Nr. 10/1985.  
Die Pflanzung von fremdartigen Gehölzen wie z.B. Trauerformen von Weide, Buche, Ulme, Zedern aller Art, Zypressen und Tujen in Säulenform oder Hecke, sowie alle blauen Formen von Tanne und Fichte sind aus Gründen des Orts- und Landschaftsbildes unzulässig.  
Die Anpflanzung von Obstbäumen und Beerensträuchern sowie von Ziergehölzen wird von diesen Festsetzungen nicht beschränkt.  
Die nicht überbauten oder befestigten Flächen sind innerhalb eines Jahres ab Bezugsfertigkeit als Gartenflächen anzulegen und zu unterhalten.  
Die Einhaltung der Grenzabstände nach dem Bayerischen Nachbarrecht (AG BGB) ist bei allen Gehölzpflanzungen zu beachten.  
Auf die Bekantmachung des BStMI vom 22.6.1976, betr. "Gefährdung von Kindern durch giftige Pflanzen" Mbl.Nr. 21 vom 22.7.1976 wird hingewiesen, insbesondere bei der Pflanzung von Spielplätzen.  
Den Baulinien sind Freiflächengestaltungspläne beizufügen.

Pflanzenlistenvorschlag für standorttypische Laubbäume:  
Acer campestre - Feldahorn  
Betula pendula - Spitzahorn  
Carpinus betulus - Sand- oder Weißbuche  
Sorbus aucuparia - Hain- oder Weißbuche  
Prunus serotina - späte Traubenkirsche  
Corylus colurna - Baumhasel  
Fraxinus - Esche  
Quercus - Eiche  
Tilia - Linde

Der Entwurf des Bebauungsplanes  
Weilheim i.OB, 21.07.1995  
wurde mit der Begründung gem.  
§ 3 Abs. 2 BauGB i. V.m. § 2 Abs. 2  
BauGB - Maßnahme vom 18.06.95  
bis 17.07.95 im Rathaus öffentlich  
ausgelegt.  
Die Stadt Weilheim i.OB hat mit  
Beschluss des Stadtrates vom  
28.03.96, Nr. 0 37/96, den Be-  
bauungsplan gem. § 10 BauGB als  
Satzung beschlossen.  
Diese Satzung beschlossene Be-  
bauungsplan wurde dem Landratsamt  
Weilheim-Schongau zur Kenntnis ge-  
bracht.  
Klaus Rave  
Bürgermeister  
Weilheim i.OB, 22.08.1996  
Der Bebauungsplan wird samt Be-  
gründung ab 09.06.96 im Rathaus  
gem. § 12 BauGB zu jedermanns  
Einsicht bereitgehalten.  
Der Bebauungsplan wurde am  
05.08.96. durch Amtsblatt be-  
kanntgemacht.  
Klaus Rave  
Bürgermeister

140/c

Genehmigte Fassung

BEBAUUNGSPLAN  
WEILHEIM I.OB  
M 1:1000

'OBERE STADT III C'

E. VERFAHRENSHINWEISE  
Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften - wie die Vorschriften über die Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange, über die Begründung zum Bebauungsplan sowie zur Beschlussfassung über den Bebauungsplan und des Genehmigungs- bzw. Anzeigeverfahrens sind unbedeutend, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist.  
§ 1 Abs. 6 BauGB vorzunehmenden gerechten Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander, sind unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind.  
Der Sachverhalt, der die Verletzung worden sind, den soll, ist dabei darzulegen.

PLANFERTIGER:  
DIPL.-ING. F. SCHOTT, ARCHITEKT DWB, PLANER SRL  
KARL-THEODOR-STRASSE 68, 80803 MÜNCHEN

Bei großen Hochwasserereignissen besteht im Plangebiet Überschwemmungsgefahr.